

Eine offene Annexion des Libanon wäre Syrien allerdings unmöglich, allein schon wegen der Übermacht Israels. Sie würde auch von der arabischen und westlichen Welt nicht geduldet werden, auch wenn im Libanon nicht vergleichbare Wirtschafts- und Machtinteressen wie in Kuwait auf dem Spiel stehen. Wohl aber haben Westeuropa, das ja sogar die Eroberungskriege Serbiens „vor der eigenen Haustür“ mit jämmerlicher Hilflosigkeit hingenommen hat, und die USA der syrischen Politik im Libanon meistens sehr viel Freiraum gelassen, solange gewisse Schmerzgrenzen nicht überschritten wurden. Eine löbliche Ausnahme bildet *Frankreich*, das sich immer energisch für Libanons Unabhängigkeit eingesetzt hat, dabei aber von vielen muslimischen Libanesen bezichtigt wurde, seiner Rolle als *Kolonialmacht* nachzutruern und einseitig die Christen zu bevorzugen. Für die *USA* ist der Libanon dagegen fast nur als Pufferzone und eventuelles Handelsobjekt zwischen Israel und Syrien interessant. Obwohl auch die USA das Tarif-Abkommen unterstützen, ist der Verdacht nicht völlig ausgeräumt, sie würden einer *ständigen Vormundschaft Syriens über den Libanon* als Entschädigung für den Verlust der Golan-Höhen an Israel zustimmen. Damit könnte auch Israel leben, vorausgesetzt der Süden Libanons bleibt in seinem Machtbereich.

Auch bei einer fortbestehenden nominellen Unabhängigkeit des Libanon würde ein bloßes Andauern des jetzigen Zustandes kaum seine politische und wirtschaftliche Wiedererstehung zulassen. Es besteht aber eine gewisse Hoffnung, daß selbst ein unter syrischer Besatzung gewähltes Parlament sich „unabhängiger“ verhalten wird, wenn erst einmal die syrischen Truppen aus Beirut und anderen wichtigen Landesteilen abgezogen sind, und dann auch mehr internationale Unterstützung erhalte, als das jetzt der Fall ist.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Schaffung neuer, einigermaßen repräsentativer politischer Strukturen und vor allem die Überwindung der durch gegenseitige Massaker und Vertreibungen verstärkten Entfremdung der christlichen und muslimischen Volksgruppen voneinander, werden auch im günstigsten Falle noch viele Jahre benötigen. Positiv zu vermerken ist immerhin die Überzeugung der Mehrheit der Bevölkerung, daß *das Kapitel des innerlibanesischen Bürgerkriegs definitiv abgeschlossen* ist, und ihre Bereitschaft, in dem Staat mit seinen bestehenden Grenzen zusammenzuleben, auch wenn die interkonfessionellen Beziehungen sicher auch in Zukunft konfliktreich bleiben werden.

Andreas Rieck

„Einwanderung ist ein langer, stufenweiser Prozeß“

Ein Gespräch mit dem Migrationsforscher Klaus J. Bade zur neuen Einwanderungssituation in Deutschland

Die deutsche Geschichte ist auch eine Geschichte der Aus- und Einwanderung, der Konfrontation und der Integration mit zuwandernden Fremden. Umso unverständlicher ist für die mit dem Problembereich Migration, Integration und Minderheiten befaßten Experten die politische und gesellschaftliche Ratlosigkeit angesichts der neuen Einwanderungssituation, vor der Deutschland seit dem Ende der achtziger Jahre steht. Wir befragten dazu Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte und Leiter des Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er ist Herausgeber des vielbeachteten Sammelbandes „Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart“. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Bade, weltweit sind massive Wanderungsbewegungen zu beobachten. Gleich, ob diese Bewegungen als Armutswanderung, Asilmigration oder Fluchtbewegung bezeichnet werden, sind sie eine Realität, von der auch – wenngleich in viel geringerem Maß als Afrika und Asien – Europa immer stärker betroffen wird. Mit welchen Auswirkungen der Wanderungsbewegungen ist speziell die Bundesrepublik Deutschland konfrontiert,

welchen Herausforderungen muß sich unsere Gesellschaft hier in Zukunft stellen?

Bade: Das Szenario, mit dem in der Bundesrepublik zu rechnen ist, wird durch die Zuwanderung von Aussiedlern, von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen, durch anhaltenden Zuwanderungsdruck aus Süd-Nord- und aus Ost-West-Richtung bestimmt sein. Zu rechnen ist außerdem mit weiterer Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und mit erhöhter Mobilität innerhalb des europäischen Binnenmarktes, die sich für Deutschland zu einem beträchtlichen Teil, wenngleich nicht nur, als Zuwanderung auswirken dürfte.

HK: Einige Migrationsforscher sprechen angesichts der globalen Wanderungsbewegungen bereits von einer „neuen Völkerwanderung“ und deren Auswirkungen. Handelt es sich dabei um überzogene Panikmache oder um eine realistische Einschätzung für die nächsten Jahre?

Bade: Ob die Nord-Süd-Wanderungen und die Ost-West-Wanderungen, die wir bislang wesentlich als Zuwanderung von Asylsuchenden und von deutschen Aussiedlern aus dem osteuropäischen Raum erleben, Vor-

läufer einer sogenannten „neuen Völkerwanderung“ darstellen, das steht dahin. Ich würde diesen Angstbegriff nur mit größter Vorsicht gebrauchen. Richtig ist allerdings, daß die Bundesrepublik und ihre europäischen Nachbarn mit hohem Zuwanderungsdruck zu rechnen haben werden.

„Ein hoher Grad an Sensibilität für die Probleme wäre zu erwarten“

HK: Dieser Zuwanderungsdruck ist zum heftig diskutierten und überaus umstrittenen Thema der Tagespolitik geworden. Es fällt auf, daß dabei sehr unhistorisch argumentiert wird. Man scheint zu vergessen, daß Deutschland nicht zum erstenmal vor die Herausforderung gestellt ist, große Zahlen von Zuwanderern integrieren zu müssen . . .

Bade: Man macht sich oft zu wenig klar, daß Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg in ganz besonderem Maße Zuwanderer aufgenommen hat: Bis Ende der achtziger Jahre sind allein rund 15 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Übersiedler in den westlichen Teil der Bundesrepublik gekommen. Das entspricht ungefähr einem Viertel der westdeutschen Wohnbevölkerung am Vorabend der deutschen Vereinigung. Wenn man die Nachfahren der früheren Gastarbeiterbevölkerung, damals 4,8 Millionen, hinzuzählt, dann entspricht die Gesamtzuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg sogar etwa einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung vor der Vereinigung. Vergegenwärtigt man sich, daß die Bundesrepublik schon seit 1987 jährlich mehr Zuwanderer aufnimmt als die beiden klassischen Einwanderungsländer Kanada und Australien zusammen, dann wird deutlich, wie stark dieses Land von Wanderungs- und Eingliederungsbewegungen betroffen war und ist. Deswegen müßte man eigentlich einen hohen Grad an Sensibilität für die Probleme, die mit Wanderung und Eingliederung verbunden sind, voraussetzen können.

HK: Faktisch ist es jedoch mit der aus dieser Einwanderungs- und Integrationserfahrung resultierenden Sensibilität nicht weit her. Bestehen nicht gerade auf gesetzlicher und administrativer Ebene erhebliche Defizite?

Bade: Es ist schon auffällig, daß die Bundesrepublik, obwohl sie in absoluten Zahlen stärker als andere europäische Länder von Zuwanderung betroffen ist, zum Teil schlechter als diese mit entsprechenden Institutionen, gesetzlichen und politischen Konzepten ausgestattet ist. Die Schweiz, Frankreich und England haben besondere Einrichtungen für Einwanderung und Eingliederung geschaffen, in Schweden gibt es seit langem ein *Einwanderungsministerium und entsprechende Gesetze*, die in der Bundesrepublik fehlen. Sie ist mit ihrem gesetzlichen, politischen und auch institutionellen Instrumentarium auf die neue Einwanderungssituation nicht ausreichend vorbereitet. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, daß über viele Jahre hinweg parteiübergreifend – in einer Art defensiver Erkenntnisverweigerung – mit dem Dementi gelebt

wurde, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, genährt aus der Hoffnung, man könne sich mit der Dementierung eines Sachverhaltes auch des damit verbundenen Problemdrucks und der notwendigen Gestaltungsaufgaben entledigen. Das rächt sich jetzt.

HK: Gibt es nicht große Unterschiede zwischen den Wanderungsbewegungen bis zu den achtziger Jahren und denen, mit denen die Bundesrepublik heute konfrontiert ist? Sind frühere Einwanderungssituationen und die daraus entstehenden Integrationsprobleme mit den gegenwärtigen Herausforderungen überhaupt vergleichbar?

Bade: In der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich zwei große Phasen unterscheiden: Die erste umfaßt die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, die in einem sehr äußerlichen, materiellen, nicht aber im mentalen Sinne Mitte der fünfziger Jahre bewältigt war. Im Blick auf mentale und soziokulturelle Probleme hat auch dieser Eingliederungsprozeß, hinter dem ja nicht freie Wanderungsentscheidung, sondern Nötigung und schwere Verlusterfahrung standen, sehr viel länger gedauert. Der zweite große Eingliederungsprozeß begann bereits Mitte der fünfziger Jahre mit dem deutsch-italienischen Vertrag über die amtliche Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt. Mit der Anwerbung von Hunderttausenden ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere seit dem Mauerbau 1961, begann der langfristige Wandel *von der sogenannten Gastarbeiterfrage zu einem echten Einwanderungsproblem*. Heute, seit Beginn der späten achtziger Jahre, steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer grundlegend neuen Einwanderungssituation.

„Einwanderer gibt es offensichtlich auch mit deutschem Paß“

HK: Und was ist das Neue an der gegenwärtigen Situation? Welche Gruppen müssen bei den neuen Einwanderern voneinander unterschieden werden?

Bade: Wir haben es mit fünf verschiedenen Gruppen und Problemfeldern zu tun: Die erste Gruppe sind die sogenannten „einheimischen Ausländer“ oder „ausländischen Inländer“, also die Zugehörigen der aus der früheren sogenannten „Gastarbeiterbevölkerung“ hervorgegangenen Einwanderungsminorität, die heute schon drei Generationen umfaßt. Kurz: Deutsche mit fremden Paß. Viele von ihnen verstehen sich aber z. B. weder als Türken noch als Deutsche und suchen noch nach einer eigenen neuen Identität – eine Suche, die ihnen in unserer Gesellschaft nicht eben leicht gemacht wird. Als zweite Gruppe wären die „fremden Deutschen“ aus Ost- und Südosteuropa zu nennen. Das sind diejenigen, die als Aussiedler zuwandern, insbesondere aus Rumänien, aus Polen und aus der ehemaligen Sowjetunion und von denen diejenigen, die wenig oder gar kein Deutsch mehr verstehen, ebenfalls erhebliche Integrationsprobleme haben. Wiederum auf eine kurze Formel gebracht, könnte man sagen: *Einwanderer gibt es offensichtlich auch mit deutschem Paß*. Eine

dritte Gruppe bilden die ausländischen Flüchtlinge, die in großer Zahl zu uns kommen.

HK: Diese Gruppe muß in sich selbst noch einmal differenziert betrachtet werden . . .

Bade: Da sind die Asylsuchenden, die anerkannten Asylberechtigten und die sogenannten „De facto-Flüchtlinge“ – abgelehnte im Sinne unseres Asylrechts, im Sinne der Genfer Menschenrechtskonvention jedoch als Flüchtlinge anerkannt und deshalb nicht abgeschoben, sondern unter dem Damoklesschwert der Abschiebung geduldet auf Zeit. Zu den hier lebenden ausländischen Flüchtlingen gehört aber auch etwa eine Viertelmillion Altfälle von rechtskräftig noch nicht erledigten Asylgesuchen. Ebenfalls zu dieser dritten Gruppe zählen Menschen, die meines Erachtens gar nicht zu den Asylbewerbern gehören, die aber notwendig darunter subsumiert werden, weil es für sie keine Alternative gibt.

„Erkennen, daß Einwanderung ein Prozeß auf Gegenseitigkeit ist“

HK: Meinen Sie damit die Gruppe der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten?

Bade: Ein Beispiel dafür sind die Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien. Sie wären von Anbeginn an viel besser unter einem *Kontingentflüchtlingsstatus* mit zeitlich beschränkter Aufenthaltsgenehmigung aufgehoben gewesen, als unter dem Asylrecht, in dem sie ohnehin in aller Regel keine Chance haben. Viertens gibt es in der Bundesrepublik nach wie vor die immer noch vorhandenen Identitätsprobleme derjenigen, die aus der ehemaligen DDR als Flüchtlinge, später als Übersiedler gekommen sind: Menschen, die der Richtung der Fernsehantennen folgend ins Land von Golf, Video und Marlboro ausgewandert sind und dann erst im Westen gemerkt haben, wie stark und dramatisch der Unterschied zwischen Ost und West geworden ist, nicht nur in der materiellen Kultur und in den Lebensformen, sondern eben auch in den Mentalitäten. Eine letzte Gruppe, die von ganz erheblichen Eingliederungsproblemen betroffen ist, obwohl sie sich selbst gar nicht von der Stelle bewegt hat, gibt es in Deutschland erst seit 1989 und insbesondere seit 1990: Die Menschen *in den neuen Bundesländern* sind in eine Eingliederungssituation geraten, nicht weil sie sich über Grenzen bewegt haben, sondern weil sich Grenzen über sie hinweg bewegt haben.

HK: Gerade in den neuen Bundesländern läßt sich derzeit doch beobachten, wie das Aufeinandertreffen der verschiedenen Integrationsprobleme zu massiven Konflikten führen kann . . .

Bade: Wir haben in den neuen Bundesländern eine Situation, in der Menschen, ohne sich bewegt zu haben, Fremde geworden sind. Menschen, die sich selbst als Fremde im eigenen Land fühlen, sind umso weniger im Stande, von außen hinzukommende Fremde zu integrieren.

Deshalb war es ein Fehler in den Einigungsvertrag hineinzuschreiben, daß die neuen Bundesländer einen erheblichen Prozentsatz von Asylsuchenden aufnehmen müssen.

HK: Wie geschieht nun aber die Integration von Einwanderern in die Gesellschaft, von der sie aufgenommen werden bzw. werden müssen? Welche Bedingungen sollen gegeben sein, daß Integrationsprobleme überwunden werden können?

Bade: Zunächst muß erkannt und erlernt werden, daß Integration immer ein Prozeß auf Gegenseitigkeit ist. Je mehr an Eingliederung einseitig eingefordert wird, umso schwieriger und konfliktreicher wird dieser Prozeß. Auch die in die Vereinigten Staaten ausgewanderten Deutschen haben zum Teil mehrere Generationen gebraucht, um sich einzugliedern. Auch sie haben oft erst in der zweiten Generation die englische Sprache beherrscht, obwohl sie schon in der ersten nach wenigen Jahren Staatsbürger geworden sind. Auch die Deutschen haben also die Erfahrung gemacht, daß Einwanderung *nicht ein punktueller Akt* ist, sondern ein langer, stufenweiser Prozeß. Im glücklichsten Fall läuft er so ab, daß der Einwandernde die verschiedenen Stufen, über die er gleitet, gar nicht recht zur Kenntnis nimmt. Dieser Prozeß wird am stärksten dadurch gestört, daß man ihn von außen mit den falschen Alternativen „rein oder raus“ und „ganz oder gar nicht“ in Frage stellt.

HK: Wie kann die aufnehmende Gesellschaft Störungen und Verwerfungen bei der Integration vermeiden helfen?

Bade: Es muß versucht werden, die *Anpassungsbereitschaft* der Einwandernden zu achten und ohne grundsätzliche Zweifel vorauszusetzen. Es geht um Akzeptanz, um Toleranz und um schlichte Normalität in der Begegnung. Die aufnehmende Gesellschaft muß aber auch das nötige Maß an politischer, sozialer, kultureller und administrativer Gestaltung einbringen. Nötig sind *Einwanderungsgesetzgebung* und Einwanderungspolitik nach außen. Ebenso dringlich ist im Innern eine *Einwanderergesetzgebung*, eine Gesetzgebung also für diejenigen, die schon da sind. Dazu gehören Eingliederungshilfen, aktiver Minderheitenschutz und Antidiskriminierungsmaßnahmen, damit de jure und de facto die Gleichstellung zwischen Einheimischen und denen, die es werden wollen, gewährleistet ist. Ein demokratischer Kulturstaat wird sich auch daran messen lassen müssen, wie seine Mehrheit mit zugewanderten Minderheiten umgeht und daran, wieviel kulturelle Offenheit seine Gesellschaft glaubt riskieren zu können. Dabei ist solche kulturelle Offenheit immer mit durch das kulturelle Selbstwertgefühl einer Gesellschaft bestimmt: Je schwächer dieses ausgebildet ist, desto größer kann die Anfälligkeit für alle möglichen Abwehrhaltungen und Phobien gegenüber Fremden sein.

HK: Lassen sich einzelne Einwanderungsgruppen nach besseren und schlechteren Integrationschancen unterscheiden, bzw. wo bestehen besondere Integrationshemmnisse?

Bade: Je nach dem, wie groß die soziokulturelle Distanz zwischen Aufnahmegesellschaft und Herkunftsgesellschaft ist, bilden sich unterschiedliche Formen der Eingliederung heraus. Dort wo diese Distanz relativ groß ist, werden Einwanderer zunächst Kontakt zu ihrer ethnisch-kulturell gleichen Gruppe suchen. Es wird dann zu den aus der Einwanderungsgeschichte bekannten „Kolonien“ in der Siedlungsweise oder zumindest doch in Gruppenbildung und Kommunikationsformen kommen. Eine solche Kolonie hat die Funktion, ähnlich wie beim Tauchen, einer Art Druckkammer gegen den *Assimilationsdruck* der umschließenden Aufnahmegesellschaft. In der schrittweisen Ausgliederung aus dieser Kolonie vollzieht sich der Eingliederungsprozeß in die umschließende Aufnahmegesellschaft. Zur Integrationsbarriere wird diese Koloniebildung erst, wenn Einwanderer zu lange im Milieu der Kolonie mit ihren ungeschriebenen Gesetzen verharren.

„Die sozialromantische Vorstellung des konfliktfreien Einwanderungsprozesses verabschieden“

HK: Wie sieht es mit solcher Koloniebildung in der Geschichte der deutschen Auswanderung und bei den Einwanderungsbewegungen nach Deutschland aus?

Bade: Die deutsche Einwanderung in die Vereinigten Staaten vollzog sich vielfach nach diesem Muster. Die meisten Deutschen zogen dort zunächst in ihre „ethnischen Gemeinschaften“ in den „Little Germanies“ der Städte, oder sie gingen im ländlichen Raum in die deutschen Siedlungsdistrikte, in den „German belt“, der sich durch den Mittelwesten erstreckte. Wer von Melle in der Nähe von Osnabrück nach „New Melle“ an den Missouri zog, mußte zwar lernen, daß die Landwirtschaft technisch weiterentwickelt war, sprach ansonsten aber den gleichen dörflichen Dialekt, den er zu Hause gesprochen hatte und traf diejenigen wieder, die Jahre und Jahrzehnte vorher ausgewandert waren und mit denen seither Briefkontakt bestand. Für die „Ruhrpolen“, die in ähnlicher „Kettenwanderung“ aus dem preußischen Osten gegen Ende des 19. Jahrhunderts ins Ruhrgebiet kamen, war der Kulturbruch vergleichsweise sogar stärker, weil sie polnischer Muttersprache und Nationalkultur waren, aus einem katholischen in ein überwiegend evangelisches Gebiet und häufig auch aus der Landwirtschaft in die Montanindustrie bzw. in die Arbeit unter Tage wechselten. Auch sie konzentrierten sich zunächst in den „Polenzchen“ und „Polenkolonien“ des Ruhr- und Emscherreviers.

HK: Muß eine solche für die Integration notwendige Phase in der Aufnahmegesellschaft nicht unvermeidlich zu Irritationen führen?

Bade: Konflikte und Mißverständnisse ergeben sich, wenn die Aufnahmegesellschaft eine solche Gruppenbildung als Zeichen bewußter Abkapselung, als Ausdruck mangelnder Integrationsbereitschaft oder gar mangelnder

Integrationsfähigkeit mißversteht. Wenn nicht erkannt wird, daß diese Kolonien Zuflucht bieten in der Identitätskrise und daß ihre Herausbildung oftmals ein notwendiges Durchgangsstadium eines echten Einwanderungsprozesses ist, dann kann es zu Ausgrenzungen, Ghettobildung und sich wechselseitig steigernden Spannungen kommen. Man wird sich in der Aufnahmegesellschaft überhaupt von der sozialromantischen Vorstellung lösen müssen, daß solche Einwanderungsprozesse reibungslos und konfliktfrei ablaufen: Sie waren und sind immer mit – freilich begrenzbar – Spannungen verbunden. Das war bei den Deutschen in den USA nicht anders als bei den Hugenotten in Deutschland und bei den „Ruhrpolen“ in Westfalen.

HK: Sie zeichnen den Integrationsprozeß als einen quasi von selbst ablaufenden Mechanismus, der dann automatisch irgendwann zum erwünschten Ziel führt. Gibt es aber nicht auch so etwas wie mehr oder weniger massive Integrationsverweigerung bestimmter Zuwanderungsgruppen?

Bade: Es hat auch in der Geschichte immer wieder bewußte Abkapselung gegeben. Die Deutschen bildeten hier keine Ausnahme. Eine ganze Reihe von deutschen Auswanderergruppen sind im 18. und frühen 19. Jahrhundert in die Vereinigten Staaten irgendwo in die Wildnis gezogen, nicht etwa um sich mit den Amerikanern zu vermischen, sondern um dort ganz abgekapselt auf den jüngsten Tag oder auf die wie immer vorgestellte große Wende zu warten. Das waren sozial-religiöse, sozialistische, urkommunistische, weltanschaulich verschieden geprägte Gruppen, die sich um bestimmte Führungspersönlichkeiten scharten. In einer entwickelten Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik ist es natürlich nicht möglich, daß Gruppen aus dem Ausland kommen, um hier in demonstrativer Abgeschlossenheit für sich zu leben. Aber es gibt sicherlich Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen, bezüglich sozialer, religiöser und kultureller Bindungen, die zu verschieden stark ausgeprägter Gruppenkohäsion und Koloniebildung führen können – zumal wenn die Begegnung von Mehrheit und Minderheiten überschattet wird durch wechselseitige Vorurteile, wie sie oft beispielsweise zwischen Christen und Muslimen existieren. Aber die Erfahrung lehrt allemal, daß die Eingliederungskräfte auf Dauer und im intergenerativen Zusammenhang überwiegen, so daß wir uns hier nicht abschrecken lassen sollten.

„Es fehlt an einschlägigen Ausbildungsinstitutionen“

HK: In der Diskussion um Integration, Assimilation und kulturelle Identität fällt ständig das Schlagwort der „multikulturellen Gesellschaft“. Für die einen ist die Rede von „Multikulturalität“ schiere Ideologie, die zu Ghettobildung und unheilvoller Segregation ethnisch-kultureller Minderheiten führt oder sie zumindest verschleiert, für die anderen ist die Zielvorstellung einer multikulturellen

Gesellschaft unverzichtbar, um einwandernde ethnische Minderheiten vor dem kulturellen Diktat der Aufnahmegesellschaft zu schützen. Könnte eine Gesellschaft wie die der Bundesrepublik die explizite Integrationsverweigerung einwandernder Gruppen im Zeichen der „Multikulturalität“ akzeptieren?

Bade: Gruppen, die erkennbar auf Abkapselung zielen, müßte deutlich gemacht werden, daß die Bundesrepublik nicht für diejenigen Einwanderungsland sein kann, die den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Fundamentalkonsens dieser Gesellschaft nicht mittragen wollen. Multikulturalismus auf der einen Seite, Einwanderungs- und Integrationspolitik auf der anderen Seite sind keine Alternativen, sondern Kehrseiten der gleichen Medaille. Selbst ein Land, das den Multikulturalismus sogar als Staatsziel in seine Verfassung aufgenommen hätte, wäre umso mehr auf Einwanderungs- und Einwandererpolitik angewiesen, gerade um zu verhindern, daß Gruppen einwandern, die diesen Multikulturalismus, der sehr viel mit Konsens und Toleranz zu tun hat, nicht leben können oder wollen.

HK: Wie müßte die Bundesrepublik heute aktiv gestaltend in den Integrationsprozeß ihrer verschiedenen Zuwanderungsgruppen eingreifen? Was wird dabei bislang versäumt?

Bade: Der *Katalog von Defiziten* in der Bundesrepublik ist lang. Es fehlen nicht nur Einwanderungsgesetzgebung, Einwanderungspolitik und Kontingentregelungen, die insgesamt die Möglichkeiten bieten würden, sowohl gesetzlich als auch in der politischen Gestaltung besser unterscheiden zu können zwischen verfolgten Asylsuchenden im Sinne von Artikel 16 GG und Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten, die nicht politisch verfolgt sind, sowie regulären Einwanderern. Es fehlt auch ein wirksamer Minderheitenschutz. Vor allem aber fehlt es an einem ressortübergreifenden Gesamtkonzept, das die verschiedensten Problembereiche und Problemgruppen im Wanderungsgeschehen und im Eingliederungsprozeß erfaßt und zureichend in die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der Bundesrepublik eingebunden ist. Zudem wäre ebenfalls ressortübergreifende Bundesinstitution notwendig – ein Bundesamt für Migration und Integration oder ein Einwanderungsministerium. Ich könnte mir vorstellen, daß es hilfreicher wäre, eine Einwanderungsministerin zu haben als eine Ausländerbeauftragte. Auch wenn es derzeit noch Abwehrreaktionen dagegen gibt, wird es in Zukunft – da es schlicht unverzichtbar ist – vielleicht zuerst in Brüssel ein *europäisches Migrationsamt*, dann aber auch in der Bundesrepublik eine entsprechende Institution geben. Auf Landesebene sind nicht mehr nur Ausländerbeauftragte notwendig, sondern Beauftragte für zugewanderte Minderheiten insgesamt.

HK: Sie beschäftigen sich wissenschaftlich mit Migrationsforschung. Nimmt man in der Politik die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung überhaupt ausrei-

chend zur Kenntnis? Klappt der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis in diesem Bereich?

Bade: Wünschenswert wäre in der Bundesrepublik eine stärkere Zusammenarbeit zum einen zwischen den verschiedensten im Bereich von Migrationsforschung und interkulturellen Studien engagierten Wissenschaften und Forschungsrichtungen und zum anderen zwischen Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik. Es geht also um einen *doppelten Dialog*: Innerhalb der Wissenschaften und zwischen Wissenschaft und Praxis. Es fehlt aber auch an einschlägigen Ausbildungs- und Weiterbildungsinstitutionen, größere Einrichtungen, in denen – wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten – eine Ausbildung in Einwanderungs-, Eingliederungsfragen und interkulturellen Problemen absolviert werden kann. Das Jurastudium allein ist hier ebenso zuwenig wie die Ausbildung zum Generalisten in Sozialpädagogik. Insgesamt ist ein Zentrum für Migrationsfragen und interkulturelle Entwicklung erforderlich, das bundesweit versucht, die verschiedenen Bemühungen und Angebote in diesem weiten Gestaltungsbereich zu vernetzen.

„Einwanderungsprozesse nicht vom mißratenen Ende her beurteilen“

HK: Was hilft es dem Politiker, der heute Zuwanderungsbewegungen in den Griff bekommen und bei der Bevölkerung um mehr Verständnis werben muß, wenn historische Migrationsbewegungen wissenschaftlich erforscht und aufgearbeitet werden? Kann man hier aus der Geschichte überhaupt lernen?

Bade: Wir können aus der Geschichte nie direkt lernen, da sie sich nicht wiederholt. Daher kann auch die Geschichte der verschiedenen Wanderungs-, Einwanderungs- und Integrationsprozesse kein Steinbruch sein, um komplette Lösungen zur Bewältigung der aktuellen Migrationsproblematik zu gewinnen. Es lassen sich aber eine Reihe von Grunderfahrungen aus der Geschichte der Wanderungsprozesse herauskristallisieren, die für die Gegenwart relevant sind. Zu solchen Grunderfahrungen gehört nicht zuletzt die Einsicht, daß Einwanderung ein Prozeß in verschiedenen Phasen ist. Der geschichtliche Rückblick hat aber auch in *Einschätzungsfragen* immer Sinn: Jede Interpretation von Wanderungsgeschehen und -verhalten, die nicht bloße Reisebeschreibung sein soll, sucht immer auch die Gründe von Wanderungen zu verstehen. Und Wanderungsbewegungen lassen sich nur erklären, wenn man zugleich nach ihren historischen Bestimmungsgründen fragt; denn sie sind gesellschaftliche Antworten auf bestimmte, historisch vermittelte, materielle oder immaterielle Bestimmungsfaktoren. Hinzu kommt, daß die Frage, wo ein Land, eine Region, eine Kultur in den in ihr ablaufenden Einwanderungsprozessen gerade steht, bzw. wie weit ein Einwanderungsprozeß fortgeschritten ist, nur anhand von schon abgeschlossenen, mithin historischen Einwanderungsprozessen beantwortet werden kann.

HK: Liefert der historische Vergleich nicht auch denjenigen Argumente, die skeptisch gegenüber Integrationsbemühungen sind. Sie verweisen beispielsweise darauf, daß es selbst dem klassischen „melting pot“ USA nicht gelungen ist, die Schwarzen wirklich zu integrieren, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten bei Integration der „Latinos“.

Bade: Eine aus der Geschichte zu gewinnende Einsicht lautet zunächst, daß Einwanderung immer auch eine *Gestaltungsaufgabe* ist und daß man regulative Systeme braucht, um sie bewältigen zu können. Wie intergenerative Einwanderungs- und Eingliederungsprozesse im Laufe der Jahrhunderte dann verlaufen, was dabei schließlich gesellschaftlich herauskommt, das ist eine ganz andere Frage. Man sollte jedoch Einwanderungsprozesse nicht just vom in einzelnen Bereichen mißratenen Ende aus beurteilen. Vieles ist in den klassischen Einwanderungsländern glücklich abgelaufen, anderes an Zielvorstellungen hat nicht funktioniert. Der „melting pot“ war und ist ein amerikanischer Traum, den es in Wirklichkeit nur in ethno-sozial eingegrenztem Umfang gegeben hat. Was dabei herausgekommen ist, ist eben nicht eine „verschmolzene“ Einheit, sondern eine „salad bowl“, eine Salatschüssel mit verschiedenen sehr wohl identifizierbaren Bestandteilen, die nicht ineinander aufgegangen sind. Insofern hat also der „melting pot“ nur begrenzt funktioniert und deshalb sind die Vereinigten Staaten – jedenfalls was die Integration, genauer gesagt die Nichtintegration von Millionen „Hispanics“ aus den Armutszonen jenseits der mexikanischen Grenze in das soziale Chancengebot betrifft – wahrhaftig kein nachahmenswertes Beispiel.

HK: Wie steht es denn mit der „Integrationsfähigkeit“ der deutschen Bevölkerung? Sie sprachen von einer Sensibilität aufgrund der eigenen geschichtlichen Erfahrung. Inwieweit sind die Deutschen integrationsfähig und -willig gegenüber den neuen Zuwanderern?

Bade: Daß die Deutschen „integrationsfähig“ sind, haben sie in der Geschichte bewiesen und sie zeigen es auch in der Gegenwart. Das beste Beispiel hierfür ist die Integration der bei weitem stärksten Zuwanderergruppe, der deutschen Aussiedler aus Osteuropa. In ein oder zwei Jahrzehnten wird diese Gruppe trotz anhaltender Probleme in der Kultur der Bundesrepublik so aufgegangen sein wie nach dem Zweiten Weltkrieg die Flüchtlinge und Vertriebenen. Ich glaube nicht, daß es hier grundsätzliche Sperrn gibt.

HK: Aber was ist dann mit den sich ausweitenden Ausschreitungen gegenüber Ausländern und Asylanten und den Wahlerfolgen von Parteien, die vor allem dumpfe Ausländerfeindlichkeit zum Programm haben? Sind die Deutschen gegenüber einzelnen Gruppen nicht doch in erheblichem Maße fremdenfeindlich?

Bade: Sie sind nicht von Hause aus fremdenfeindlich. Aber es gibt ein – zum Teil künstlich hervorgerufenes oder doch provoziertes und forciertes – *Potential an*

Abwehrhaltungen: Man kann einer Bevölkerung nicht über viele Jahre erklären, daß das Einwanderungsproblem, mit dem sie alltäglich konfrontiert ist, eigentlich gar nicht existiert. Es war wenig hilfreich, Probleme vor denen die Menschen Angst haben, gerade weil sie keine Lösungskonzepte sehen, schlichtweg zu leugnen. Das Dementi, wir seien „kein Einwanderungsland“, basierend auf der Vorstellung, den Bürgern könne eine gesetzliche und politische Befassung mit Einwanderungsfragen nicht zugemutet werden, war ein Fehler. Das hat zu einer für unsere parlamentarische Demokratie gefährlichen Legitimationskrise beigetragen: Die Angst der Regierten stieß auf politische Rat- und Konzeptionslosigkeit der Regierenden. Diese transparenten Konzepte kommen in Ansätzen erst jetzt. Sie kommen nicht nur sehr spät, sie sind auch mehr reaktiv und defensiv als aktiv und offensiv. Und sie kommen nach der Phase einer hoch emotionalisierten öffentlichen Auseinandersetzung, in der Politiker sich gegenseitig die Schuld an der politischen Handlungs lähmung zugewiesen, sich wechselseitig denunziert haben, das eigentliche Hindernis der politischen Gestaltung zu sein. Das war und ist *die Chance der großen Vereinfacher von rechts*, vor der wir jahrelang vergeblich gewarnt haben.

HK: So waren einige der nun heftig beklagten fremdenfeindlichen Aktionen zu einem viel früheren Zeitpunkt bereits absehbar . . .

Bade: Über Jahre hinweg haben Sachkenner der Wissenschaft und Praxis vor diesem Prozeß gewarnt. Noch einige Wochen vor Hoyerswerda haben sich Wissenschaftler verschiedener Fachdisziplinen mit einem dringenden Appell zur Asyldebatte an die Bundesregierung gewandt, in dem es hieß, daß der Druck explosiv steige, daß aggressive Abwehrhaltungen zunähmen, daß Zeichen für Handlungsbereitschaft gesetzt werden müßten. Dann haben die Ereignisse von Hoyerswerda, das es ja auch im Westen gibt, viele überrascht – uns nicht. Neu war daran überdies ja nicht die Tat als solche, neu war nur der Applaus, den sie fand. Dabei haben wir es aber, von den besonderen Problemen im Osten Deutschlands einmal abgesehen, eben mit Abwehrhaltungen zu tun, die auch dadurch gefördert worden sind, daß es gerade dem Angstthema Migration gegenüber an Transparenz und Gestaltungsperspektiven mangelte.

HK: Was ist konkret mit dieser Transparenz gemeint, die aufklärend gegenüber den Ängsten der einheimischen Bevölkerung wirken soll?

Bade: Ein Amerikaner, der nicht gerade am Rio Grande lebt und einem Ausländer begegnet, wird, wenn überhaupt, überlegen: Ist das ein Tourist, der meine Stadt ansehen will, oder ist es ein Flüchtling, der mit einem besonderen Visum hier ist, ist es eine Arbeitskraft, die aufgrund bestimmter Qualifikationen oder zu deren Erwerb auf begrenzte Zeit hier ist, ist es jemand mit Einwanderungsvisum oder ein „permanent resident“, also ein Ausländer, der nicht einwandern will, der aber eine dauerhaf-

te Aufenthaltsberechtigung hat? Das heißt, er kann, von illegalen Einwanderern aus dem Süden abgesehen, davon ausgehen, daß jeder, der ihm im Alltag begegnet, in Übereinstimmung mit bestimmten, umfassenden Spielregeln in seinem Land ist, das sich als Einwanderungsland versteht und Einwanderungspolitik betreibt. Das macht die Begegnung mit dem Fremden normaler, kalkulierbarer. In Deutschland wird diese Begegnung offensichtlich zunehmend als diffuse Bedrohung gerade deswegen erlebt, weil kein Gesamtkonzept erkennbar ist, das politischen Antworten auf die Kernfragen zur zukünftigen Gestaltung der Problembereiche Migration-Integration-Minderheiten böte.

„Einwanderungspolitik ist eine Form von gehobenem Egoismus des Einwanderungslandes“

HK: Nur was nützt größtmögliche Transparenz, wenn die einheimische Bevölkerung mit einem so massiven Zuwanderungsdruck konfrontiert wird, wie er voraussichtlich in der Bundesrepublik mittelfristig zu erwarten ist? Wie läßt sich diesen Ängsten wirksam entgegen steuern?

Bade: Die zu erwartenden demographischen Daten der Jahre 2030 und 2040 sind doch bekannt. Daran läßt sich ablesen, daß diese Bevölkerung besonders nach der Jahrtausendwende so dramatisch abnehmen und zugleich „vergreisen“ wird, daß Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme immer weniger funktionieren. Entweder müssen wir uns also etwas ganz Neues anstelle des dann unzureichenden Generationenvertrags einfallen lassen – oder wir müssen Menschen von außen holen. Und dann stellt sich, angesichts der Tatsache, daß überall in Europa die Geburtenraten sinken, die Frage, von woher. Im

Grunde bleiben dann wohl nur ausgerechnet die Bereiche, die heute das apokalyptische Schreckgespenst einer „neuen Völkerwanderung“ in der „Festung Europa“ wecken: Osteuropa und die Dritte Welt. Wir brauchen also dringend langfristig Antworten auf die Herausforderung durch unsere Bevölkerungsentwicklung.

HK: Das hieße also, daß ganz pragmatische Überlegungen den einwandernden Fremden nicht als Bedrohung, sondern als Partner erscheinen lassen sollen?

Bade: Genau das. Warum kann man sich einmal nicht mit Einwanderungspolitik so beschäftigen, wie sie eigentlich verstanden werden muß: Einwanderungspolitik sollte sicher so human wie möglich gestaltet werden, aber sie ist als solche kein humanitäres Hilfsprogramm, sondern – so unerfreulich das klingen mag – eine Form von gehobenem Egoismus des Einwanderungslandes. Es handelt sich hier also um eine ganz andere Motivation, als diejenige, die Kontingentflüchtlingsregelungen und Asylrecht begründet. Einwanderungspolitik richtet sich vornehmlich nach Interessen und Bedürfnissen des Einwanderungslandes. Warum können wir nicht, wie Australien und Neuseeland zum Beispiel, jährlich bestimmte Einwanderungsprogramme auflegen mit bestimmten Quoten, die arbeitsmarkt- und berufsgruppenbezogen sind und Lücken auf dem Arbeitsmarkt schließen? Warum muß jemand, der überhaupt keinen Asylantrag stellen, aber in der Bundesrepublik leben und arbeiten will, durch den Drehwolf des Asylrechts hindurch, obwohl er im Prinzip sowieso keine Chance auf Anerkennung hat? Warum soll so jemand nicht einen Antrag auf reguläre Einwanderung stellen dürfen, wohl wissend, daß er unter Umständen fünf oder acht Jahre warten muß, bis er an der Reihe ist. Das wäre ein sehr viel faireres Verfahren, das zugleich die Begegnung mit dem Fremden positiver gestalten könnte.

Entschieden, aber nicht wirklich bewältigt

Zu Verlauf, Themen und Stand des Falles Eugen Drewermann

*Nach der Suspendierung Eugen Drewermanns vom Priesteramt – nachdem dieser zuvor seine priesterlichen Funktionen ruhen ließ – ist es um die Auseinandersetzung zwischen dem Theologen und dem Paderborner Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt zwar ruhiger geworden, wirklich beendet ist der Fall Drewermann indes damit nicht. Auf dem bevorstehenden 91. Deutschen Katholikentag in Karlsruhe wird Eugen Drewermann – wenn er es sich nicht doch noch anders überlegt – mit der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Hanna-Renate Laurien unter der Leitung des ZDF-Journalisten Michael Albus diskutieren. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über Phasen, Schwerpunkte und Themen des Falles Drewermann. Als Quellen stützt er sich im wesentlichen auf folgende drei Dokumentationsbände: Peter Eicher (Hg.), *Der Klerikerstreit. Die Auseinandersetzung**

*um Eugen Drewermann, München 1990 (im weiteren zitiert mit „K“); Hermann-Joseph Rick (Hg.), Dokumentation zur jüngsten Entwicklung um Dr. Eugen Drewermann, Paderborn 1991 („D“); Eugen Drewermann, *Worum es eigentlich geht. Protokoll einer Verurteilung, München 1992 („W“).**

Welcher Theologe in den letzten Jahren auch immer mit kirchenamtlicher Beanstandung seiner Lehrtätigkeit zu tun bekam – kaum ein Fall gestaltete sich so *unübersichtlich* wie derjenige des Paderborner Theologiedozenten und Psychotherapeuten *Eugen Drewermann*. Tausende von Seiten umfaßt das schriftstellerische Werk dieses Autors. Daß die wissenschaftliche Diskussion nur zögernd in Gang kam und die kirchenamtliche Bewertung sich schwierig gestaltete, hatte auch mit der *schieren Men-*